Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 5

Rubrik: Position

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

«KMU» – EIN POLITISCHER ETIKETTENSCHWINDEL

Kein Politiker, den das unsägliche Kürzel KMU (kleinere und mittlere Unternehmen) nicht sofort auf Trab brächte. Man mag sich über Rahmenbedingungen, Deregulierung, Unternehmensbesteuerung und Sozialpolitik in den Haaren liegen – dass kleine und mittlere Unternehmen der Anteilnahme und Unterstützung bedürfen, scheint von links bis rechts niemand zu negieren. Die Banken werden ins Visier genommen, weil sie in der Kreditvergabe übervorsichtig und unflexibel geworden seien. Den Behörden wird der bürokratische Formalismus vorgeworfen, den man mit umsichtigem Regulierungsperfektionismus mitbegründet hat. Im Bildungswesen müsste Innovationsfreude Einzug halten, aber auch hier sind die Gemeinwesen, die Politiker in erster Linie, gefordert. Schliesslich wird der Unternehmergeist beschworen, der sich aus dem Jammertal der um ihre Besitzstände bangenden Leidensgenossen wie Phönix aus der Asche erheben soll. Die mutlose und kurzsichtige Auseinandersetzung um das Arbeitsgesetz ist noch in bester Erinnerung.

Wer sind denn die KMU, und was ist das Besondere daran, das eine spezielle Behandlung erforderte? Definitionsgemäss handelt es sich um Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten, das heisst, um über 95 Prozent aller schweizerischen Unternehmen. Da finden sich alteingesessene gewerbliche Betriebe, die unter normalen Umständen weder mit der Finanzierung noch mit den Behörden Probleme haben. Es sei denn, sie seien in konjunkturelle Schwierigkeiten oder den Strudel des Strukturwandels geraten und suchten nun Hilfe, um Arbeitsplätze, aber damit eben oft auch überlebte Strukturen zu erhalten. Auf der anderen Seite des Spektrums sind die Jungunternehmer, die Kapital für den ungewissen Start suchen und die gelegentlich Mühe haben zu verstehen, zu welchen Bedingungen potentielle Kapitalgeber Risiken einzugehen bereit sind. Der Appell, unternehmerische Risikobereitschaft und Innovationsfreude zu begünstigen, ist zweifellos berechtigt und nötig; letztlich versteckt sich dahinter aber die Forderung, der Strukturwandel solle nicht behindert, sondern gefördert werden. Und zwischen diesen Polen findet sich die ganze heterogene Palette von kleineren und grösseren, älteren und jüngeren industriellen und gewerblichen Betrieben, von Geschäften, Praxen, Kanzleien und Büros aus dem Dienstleistungsbereich, von welchen der grösste Teil sich verwahren dürfte, als KMU-Problem identifiziert und behandelt zu werden.

Was soll denn die politische Betriebsamkeit, die wegen der strukturpolitischen Ambivalenz der Hilferufe zu den verwunderlichsten Koalitionen geführt hat? Die Versuchung, mit politischen Schrotladungen ins Dickicht wirtschaftlicher Strukturprobleme hineinzuschiessen, weil klare Ziele nicht auszumachen sind, hat keine Partei verschont. Der Begriff KMU erweckt den Eindruck, es handle sich um ein eingrenzbares und definierbares Teilproblem der Wirtschaftspolitik, das eine besondere Behandlung erfordere. Das trifft nicht zu. Der Begriff KMU taugt nicht für die politische Diskussion. Wer für die KMU etwas tun will, soll es für «die Wirtschaft» tun; für alle gilt es, die Rahmenbedingungen und beispielsweise die Unternehmensbesteuerung dem Gebot der Konkurrenzfähigkeit anzupassen. Damit sind wir indes wieder in den normalen politischen Geleisen. Es hilft nichts, mit einem unreflektierten Begriff, unter dem jeder etwas anderes versteht, vermeintliche Koalitionen zu schmieden. Das Resultat ist vorauszusehen, wie immer, wenn in der Politik mit Etiketten geschwindelt wird: Viel Lärm um nichts. ✦